

Studie prognostiziert sinkende Renten

Rentengarantie schützt vor Kürzung – nicht jedoch vor Kaufkraftverlust

Wie wichtig die auch vom SoVD vehement geforderte Rentenschutzklausel ist, zeigt sich bereits ein Jahr nach ihrer Beschließung. Ohne sie käme es zu Rentenkürzungen, so bleibt es 2010 bei einer Nullrunde. Das Zukunftsszenario der Alterseinkünfte gestaltet sich noch düsterer: Eine Studie prognostiziert sinkende Renten.

Bis zu 2,1 Prozent Kürzungen der Renten müsste es rein rechnerisch 2010 geben. Grundlage für diese Berechnung sind die Bruttolöhne, die 2009 im Durchschnitt sanken. Auch der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor (er berücksichtigt das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern) und der Riester-Faktor wirken sich negativ aus. Allein die noch von der großen Koalition beschlossene erweiterte Rentenschutzklausel („Rentengarantie“) verhindert, dass diese Kürzungen auch durchgeführt werden.

„Gleichwohl ist die Nullrunde kein Grund zum Jubeln“, betont SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer entsprechenden Pressemitteilung. Denn nach den Nullrunden in den Jahren 2004 bis 2006 werde die Kaufkraft der Rentner nun erneut geschwächt. Außerdem drohten in den kommenden Jahren weitere Nullrunden und über den Ausgleichsfaktor („Nachholfaktor“) sollten zuvor verhinderte Kürzungen später nachgeholt werden. Damit künftige Kaufkraftverluste

vermieden werden können, fordert der SoVD die Bundesregierung auf, die Rentenschutzklausel zu erhalten und sowohl Riester- als auch Nachholfaktor abzuschaffen.

Dies ist umso wichtiger, als eine

es darauf an, den Kampf gegen die Gefahr der Altersarmut wirksam und zielgerichtet aufzunehmen“, betont Adolf Bauer und verweist auf das vom SoVD entwickelte Konzept, das Vorschläge enthält, wie ein besserer Schutz gegen die drohende Altersarmut aufgebaut werden kann. Beispielsweise sieht es die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes vor und fordert einen deutlich höheren Beitrag zur Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose.



Foto: pdesign/fotolia

aktuelle Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Rentenentwicklung äußerst ernüchternd bis bedrohlich ausfällt. Vorausgesagt wird ein sinkendes Rentenniveau für die nächsten Jahrzehnte. Besonders drastisch sind die Erwartungen für Ostdeutschland. Dort könnte die gesetzliche Rente nach Berücksichtigung der Inflation unter 600 Euro fallen. Zudem belegt die Studie, wovon der SoVD bereits seit Langem gewarnt hat: Insbesondere Niedriglohnbeschäftigte und Langzeitarbeitslose sind betroffen und müssen mit Renteneinbußen rechnen. „Jetzt kommt



Die Broschüre „Mindestsicherung in der Rente – Vorschläge zur Vermeidung von Altersarmut“ kann auf www.sovd.de eingesehen werden und ist kostenfrei erhältlich. Senden Sie dazu einen an sich selbst adressierten und mit 85 Cent frankierten A4-Rückumschlag an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Versand, Stichwort Mindestsicherung, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

DGB-Untersuchung belegt gesundheitliche Belastung durch Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit macht krank

Dass ein schlechter Gesundheitszustand die Arbeitssuche beeinträchtigt, ist nachvollziehbar. Nun wurde zum wiederholten Male belegt, dass es sich auch umgekehrt verhält: Arbeitslosigkeit wirkt sich negativ auf die Gesundheit aus. Ein nicht unwichtiger Aspekt bei einer Prognose von 3,5 Millionen Arbeitslosen für 2010.

Gesundheit wird oft durch die Abwesenheit von Krankheit definiert. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnet Gesundheit als Gefühl des Wohlbefindens in körperlicher, sozialer und seelischer Hinsicht.

Eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zeigt erneut auf, was nationale und internationale Studien schon vor Jahren belegten: Arbeitslose sind im Vergleich zu Erwerbstätigen gesundheitlich stärker belastet. So treten chronische Erkrankungen des Muskel-Skelettsystems und psychische Störungen deutlich häufiger auf. Der letzte Gesundheitsreport des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) analysiert, dass Arbeitslose die Gruppe mit den am stärksten ansteigenden psychisch bedingten Krankheitstagen sind. Mit dem Thema Arbeitslosigkeit und Krankheit setzte sich auch Dr. Peter Kuhnert von der Universität Dortmund in Studien und Projekten auseinander. Er weist darin auch auf die Parameter hin, die zur Prävention von psychischen Erkrankungen beitragen können:

- sozialer Rückhalt
- positive Erlebnisse
- eine feste Tages- und Zeitstruktur
- ein aktives Leben – das Risiko einer Depression sei bei inaktiven Menschen um 70 Prozent höher.

Bei Arbeitslosen gestaltet sich das Bild jedoch oft so: Mit Dauer der Arbeitslosigkeit werden finanzielle Mittel geringer, immer wieder schwächt Zurückweisung bei der



Foto: Oleg Rosental/fotolia

Laut Gesundheitsreport der BKK werden bereits jedem siebten Arbeitslosengeldempfänger Psychopharmaka verordnet.

Arbeitssuche das Selbstwertgefühl, negative Erlebnisse häufen sich, Tagesabläufe verschwimmen und die Hoffnung auf Besserung sinkt. Auch die Stigmatisierung durch die Gesellschaft steigt und führt zum Rückzug aus derselben – hin zur sozialen Isolation. „Arbeitslosigkeit wird zum Stress eigener Art“, so DGB-Arbeitsmarktexperte

Wilhelm Adamy. Tritt eine Erkrankung während der Erwerbslosigkeit ein, kann sich ein Teufelskreis entwickeln: Durch die Erkrankung stagniert die Jobsuche und Chancen auf einen Arbeitsplatz sinken. Mit andauernder Arbeitslosigkeit wiederum steigt die gesundheitliche Beeinträchtigung weiter an. Abgesehen von der menschlichen Tragödie dieser Situation, ist dieser Umstand auch ein Kostenfaktor im Gesundheitswesen. Beispielsweise hat sich innerhalb von drei Jahren die Verordnungsmenge von Psychopharmaka an Arbeitslosengeldempfänger mehr als verdoppelt.

In der kürzlich veröffentlichten Arbeitsmarktprojektion rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für 2010 mit einem Jahresschnitt von 3,5 Millionen Arbeitslosen. Dabei dürfte sich die Dauer der Arbeitslosigkeit erhöhen, was zu einer wachsenden Zahl an Hartz-IV-Bezieherinnen führen würde. Spinnt man das Rad weiter, so stiege dann auch die Zahl der Kranken und damit die Kosten für Krankenhausaufenthalte und Medikamente – in einem Gesundheitssystem, dem es an Ärzten und vor allem an finanziellen Mitteln mangelt. Das Thema Gesundheit bei der Arbeitsmarktpolitik miteinzubeziehen, erscheint daher sinnvoll. Nur ist zu befürchten, dass die angeheizte Hartz-IV-Debatte, die Uneinigkeit über die Zukunft des Gesundheitswesens und die Finanzierungsschwierigkeiten jedweder Reform den gesundheitlichen Aspekt (wieder einmal) ins Abseits drängen werden. *cm*



Foto: Schlemmer

Von links: Der Leiter des GKV-Stabsbereichs Politik, Michael Weller, GKV-Vorstandsmitglied K.-Dieter Voß, Referent im SoVD-Bundesverband, Ragnar Hoenig, GKV-Vorstandsvorsitzende Dr. Doris Pfeiffer, Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, Hans-Jürgen Leutloff und SoVD-Präsident Adolf Bauer.

SoVD im Gespräch mit GKV-Spitzenverband

Gesundheits- und Pflegepolitik diskutiert

Der Spitzenverband Bund der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist die zentrale Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen. Er gestaltet die Rahmenbedingungen für die gesundheitliche Versorgung in Deutschland. Im Februar empfing SoVD-Präsident Adolf Bauer die GKV-Vorstandsvorsitzende Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsmitglied K.-Dieter Voß sowie den Leiter des Stabsbereichs Politik, Michael Weller.

Bei dem Treffen wurden aktuelle Fragen der Gesundheits- und Pflegepolitik erörtert. Die Gesprächspartner waren sich darin einig, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, um die solidarische gesetzliche Krankenversicherung zu erhalten und zu stärken. Im Bereich der Pflegeversicherung wurden Fragen der Qualitätssicherung und des Ausbaus der häuslichen Pflege erörtert.

Ministerium prüft Liste mit Härtefällen

Hartz IV: zusätzliche Hilfe zum Regelsatz bei Allergien?

Mit seinem Urteil zur Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze (die SoVD-Zeitung berichtete ausführlich) hat das Bundesverfassungsgericht auch eine neuartige Regelung für Härtefälle in Kraft gesetzt. Demnach haben Arbeitslose bei außergewöhnlichen Belastungen einen Anspruch auf zusätzliches Geld über den Regelsatz von derzeit 359 Euro monatlich hinaus. Was als ein solcher Härtefall gilt, ist in einer entsprechenden Liste festgehalten, die das Bundesministerium erstellt und die derzeit überarbeitet wird.

Auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Katja Kipping (Die Linke), Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, erklärte das Ministerium die Aufnahme von Allergien in die Härtefall-Regelung für möglich. Wörtlich heißt es in dem Schreiben der Behörde: „Die Gewährung eines Mehrbedarfs für kostenaufwendige Ernährung ist auch bei einer Lebensmittelverträglichkeit denkbar.“ Allerdings werde darüber nach Einzelfallprüfung und unter Einbeziehung des Ärztlichen Dienstes der Bundesagentur für Arbeit befunden. Eine abschließende Entscheidung über die Zusammensetzung der Liste ist noch nicht getroffen.

Die Handhabung der Härtefall-Regelung wurde vom SoVD mehrfach kritisiert, weil zusätzliche Leistungen bisher nur in wenigen Fällen gewährt werden. So gelten notwendige Ausgaben, etwa für eine neue Brille, nicht als Härtefall und auch ein ernährungsbedingter Mehrbedarf wird bisher nur bei schweren Erkrankungen wie etwa Krebs oder Multipler Sklerose gewährt. Die Berücksichtigung von Allergien wäre in diesem Zusammenhang für die betroffenen Menschen zu begrüßen.



Foto: Romain Gitton/fotolia

Lebensmittelallergien treten häufig bereits bei kleinen Kindern auf. Eine entsprechende Ernährung ist meist aufwendig und vor allem kostspielig.

Beilagenhinweise:

Einem Teil dieser Ausgabe liegen Beilagen der Firmen Thomas Hilfen für Körperbehinderte GmbH & Co. Medico KG, Bremervörde, und Dr. Vidal, Fachversand für Gesundheit, bei.